

Verdacht der „Vetternwirtschaft“

Bruchköbeler Bürgerbund: CDU verschwendet Steuergelder – „Kritik unerwünscht“

Bruchköbel (pm/jp). Der CDU täte etwas mehr Sachlichkeit und Gelassenheit gut, ist sich der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) sicher. Schon die Existenz des BBB führe aber offensichtlich zu einer großen Verunsicherung, anders seien die aktuellen und völlig überhitzten Erklärungen der CDU-Führung nicht zu verstehen, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. Man beschwere sich jetzt über die demokratische Kontrolle. Kritik und Nachfragen seien unerwünscht, würden von den CDU-Führern ins Lächerliche gezogen oder als Majestätsbeleidigung empfunden. Der BBB nehme seine Aufgabe der Kontrolle nicht ohne Anlass gewissenhaft und sorgfältig wahr. „Es gibt nämlich deutliche Anzeichen beginnender Parteibuch- und Vetternwirtschaft“, so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold weiter. Dem BBB sei es völlig egal, wer „Schirmhalter“ oder „Wasserträger“ ist, das sei auch – entgegen der öffentlichen Darstellung – überhaupt kein Thema beim BBB gewesen. Der Verdacht der Parteibuchwirtschaft bestehe aber, wenn der Bürgermeister einen CDU-Funktionär, der überhaupt keine offizielle Funktion für die Stadt ausübe, als offiziellen Vertreter der Stadt zur Kranznie-

derlegung nach Oberissigheim schicke, was im Magistrat so im Protokoll nachzulesen gewesen sei. In den vergangenen Jahren seien noch die in Oberissigheim angesehenen stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Gisela Klein und der ehemalige Stadtverordnetenvorsteher Walter Merz damit betraut worden. Da beide jetzt im BBB sind, seien sie offensichtlich in politische Ungnade gefallen. Auf Weisung des Bürgermeisters sind beide dann wohl nicht mehr für solche Aufgaben erwünscht, vermutet der BBB. Auch der Verdacht der Vetternwirtschaft und Verschwendung von Steuergeldern bestehe. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt habe der Bürgermeister die Bevölkerung mit angeblich entdeckten Millionenlöchern in der Stadtkasse erschreckt. Gleichzeitig genehmigte sich aber das Stadtoberhaupt zuerst einmal für „satte“ 11 000 Euro als erste Baumaßnahme eine Verschönerung seines Dienstzimmers. Einer seiner fleißigsten Wahlkampfhelfer erhielt prompt die Hälfte des Auftrags. Für eine wachsame und gewissenhafte Opposition bestehe Anlass, solchen Vorgängen nachzugehen – bewerten dürfen es dann die Bürger, wie sie wollen. Die CDU

und der Bürgermeister stützten ihre Vorwürfe schließlich auf unwahre Behauptungen, so Vorsitzender Joachim Rechholz: Einen „Zickzackkurs in Sachen Lohfeld“ habe es beim BBB nie gegeben. Kein BBB-Stadtverordneter hat im Haupt- und Finanzausschuss anders gestimmt als in der Stadtverordnetenversammlung, so der BBB in seiner Pressemitteilung. Der BBB unterstütze die Entwicklung des Gewerbegebiets Lohfeld, wie die anderen Parteien auch. Aber der BBB habe zusammen mit der SPD auf grobe handwerkliche Fehler in dem millionenschweren Vertrag hingewiesen. Bürgermeister und Erster Stadtrat hätten den Vertrag im April voreilig und hinsichtlich der Bürgerschaft auch rechtswidrig abgeschlossen. In diesem Vertrag sei jetzt nachträglich aufgrund der Kritik von SPD und BBB eine ganze Reihe von Veränderungen vorgenommen worden. „Permanente Abwerbeversuche und Drohungen“ gebe es nicht. Womit solle der BBB auch drohen? Vielleicht fühle sich die neue CDU-Führung „politisch bedroht“, denn es kommen immer wieder ehemalige CDU- aber auch SPD-Mitglieder und bisher Unabhängige, zum BBB.